

Einstellungen zur Demokratie in Deutschland und im internationalen Vergleich

Jannes Jacobsen, Martin Kroh

Zusammenfassung

Derzeit wird häufig eine Krise der Demokratie diagnostiziert. In diesem Beitrag untersuchen wir einerseits mit Daten des Politbarometers die Zustimmung zur Demokratie als Herrschaftsform in Deutschland seit den 1970er Jahren. Andererseits stellen wir vergleichend fest, was Bürger unterschiedlicher Regionen dieser Welt als zur Demokratie zugehörig verstehen. Hierfür stützen wir uns auf die Daten des World Value Survey und der IAB-BAMF-SOEP Befragung von Geflüchteten in Deutschland. Zusammenfassend können wir festhalten, dass es die deutliche Mehrheit der Befragten als gut erachtet, ein demokratisches System zu haben. Wobei die Vorstellungen, was alles zu einer Demokratie gehört zwischen den Regionen dieser Welt variiert.

Gegenwärtig konstatieren viele politische Beobachter und Demokratieforscher eine Krise der Demokratie (vgl. Wike et al 2017). So sieht beispielsweise die Zeitschrift „Blätter für Deutsche und Internationale Politik“ nach der Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA „Die Demokratie am Scheideweg“ (von Lucke 2016). Ähnliche Sorgen zum Zustand der Demokratie finden sich in Europa wiederholt als Reaktion auf die Etablierung autoritärer Regierungen in Mittel- und Osteuropa oder nach rechtspopulistischen Wahlerfolgen, wie etwa des Front National in Frankreich, der AfD (Alternative für Deutschland) in Deutschland und der FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs) in Österreich. Die Krisenwahrnehmung ist jedoch kein neues Phänomen und begleitet den Diskurs zur Demokratie wenigstens seit den frühen 1970er Jahren. (Für einen Überblick der Debatte vgl. Merkel 2016 in ApuZ). Werden langfristige Trends von Demokratieindizes, welche die Güte demokratischer Institutionen messen, betrachtet



Jannes Jacobsen

wissenschaftlicher Mitarbeiter des Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) am DIW Berlin, promoviert an der Berlin Graduate School of Social Science (BGSS) der Humboldt-Universität zu Berlin.



Martin Kroh

Professor für Methoden der empirischen Sozialforschung mit Schwerpunkt quantitative Methoden an der Universität Bielefeld und Visiting Researcher des Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) am DIW Berlin.

(siehe als Beispiel Freedom House Index 2017), lässt sich eine globale Krisensymptomatik jedoch nicht bestätigen. Allerdings zeigten bereits Gabriel Almond und Sidney Verba in der berühmten „Civic Culture“ Studie, dass es eine Diskrepanz zwischen demokratischen Institutionen in einem Land und den Einstellungen der Bürger zur Demokratie geben kann. Die Messung demokratischer Werte in der Bevölkerung ist somit eine notwendige Ergänzung zur institutionellen Betrachtung, um den Zustand von Demokratien abzubilden.

In diesem Beitrag wollen wir uns daher mit den Einstellungen der Bürger zur Demokratie befassen. Hierfür werden wir, erstens, die derzeitigen Einstellungen zur Demokratie in Deutschland (vgl. auch Datenreport 2016) sowohl mit Trenddaten seit den 1970er Jahren vergleichen sowie mit den Einstellungen zur Demokratie in anderen Regionen weltweit. (Inwiefern demokratische Werte zwischen verschiedenen Regionen der Welt vergleichbar sind, diskutieren Fuchs & Roller 2016). Zweitens untersuchen wir Unterschiede in den Einstellungen zur Demokratie innerhalb der deutschen Bevölkerung. Bereits seit den 1990er Jahren wird intensiv diskutiert, inwieweit demokratische Einstellungen sich zwischen Ost- und Westdeutschland unterscheiden (Westle 1994). Mit der vermehrten Fluchtzuwanderung wird in der Öffentlichkeit auch aktuell die Frage lebhaft diskutiert, inwieweit Menschen, die in autoritären Regimen gelebt haben, demokratische Einstellungen entwickeln konnten. Ein Vergleich von jüngst zugewanderten Geflüchteten mit der deutschen Bevölkerung wird daher ebenfalls vorgestellt.

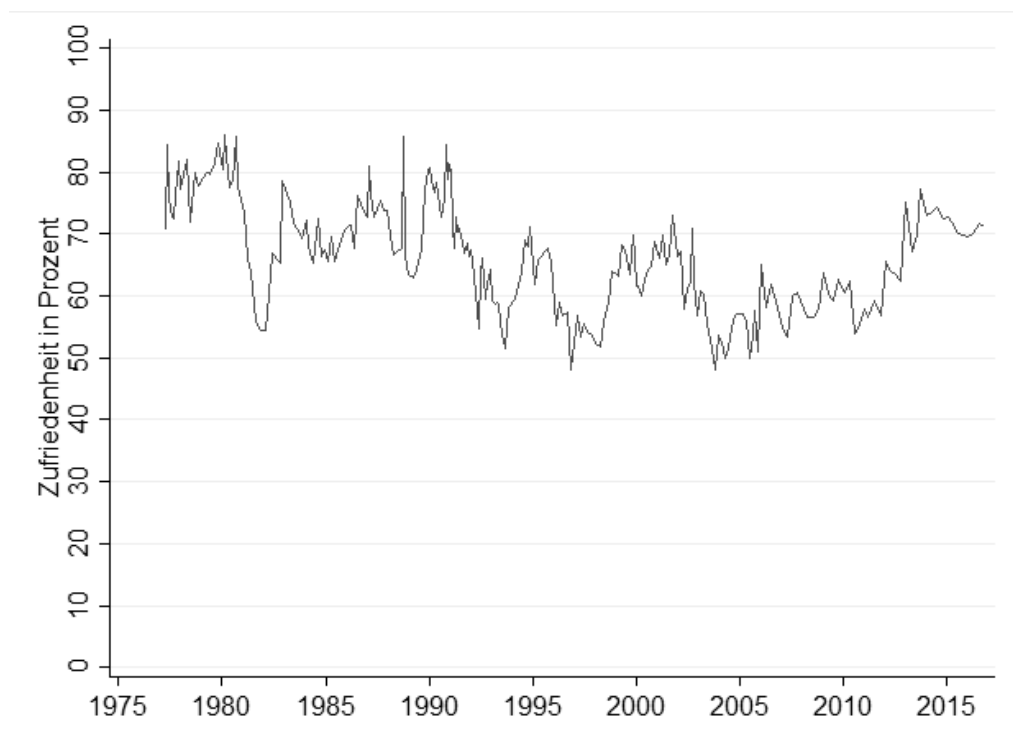
1. Demokratiezufriedenheit in Deutschland hoch

Die Forschungsgruppe Wahlen erhebt seit Ende der 1970er Jahren in regelmäßigen Abständen die Zufriedenheit der Bürger mit der Demokratie.¹ Konkret werden die Bürger gefragt: „Was würden Sie allgemein zur Demokratie in Deutschland sagen?“ Die Antwortvorgaben erlauben Befragten Zufriedenheit oder aber Unzufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland zu berichten.² Zu nahezu allen Befragungszeitpunkten ist die Mehrheit der Befragten zufrieden mit der Demokratie in Deutschland, im Jahr 2016 sind es etwa 70 bis 75 Prozent (vgl. Tabelle 1).

Die Auswertungen auf Basis des Politbarometers der Forschungsgruppe Wahlen zeigen, dass die Zufriedenheit mit der Demokratie in Westdeutschland besonders in den 1970er Jahren über gesamtdeutschen Werten Mitte der 1990er Jahre lag. In den vergangenen 10 Jahren steigt jedoch der Anteil der Befragten, die mit der Demokratie zufrieden sind schrittweise wieder an. Mit Hinblick auf den aggregierten Zeitverlauf kann also nicht ohne weiteres von einer Krise gesprochen werden, da zumindest die Zufriedenheit hinsichtlich der Demokratie in Deutschland keinem langfristigen Abwärtstrend unterliegt.

Neben der Zufriedenheit mit der konkreten Funktionsweise einer Demokratie in einem Land, wird in vielen Befragungen auch die Zustimmung zur Demokratie als Regierungsform erhoben. Auch in diesem Punkt lässt sich keine zunehmende Krise der Demokratie konstatieren, im Gegenteil: Im Jahr 2013 berichteten rund 95 Prozent der Befragten des World Value Survey in Deutschland (Welle 6 des WVS), dass es gut oder sehr gut ist, „[...] ein demokratisches System [zu] haben.“ Diese Unterstützung der Demokratie als Regierungsform ist in Deutschland seit der ersten Welle des WVS mit deutscher Beteiligung im Jahr 1995 weitgehend stabil (nicht in Form einer Tabelle dargestellt).

Tabelle 1: Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland, 1977-2016



Quelle: Politbarometer April 1977 bis Dezember 2016 (doi:10.4232/1.12824). Abgetragen werden die monatlichen gewichteten Anteile der Befragten, die (eher/sehr) zufrieden mit der Demokratie in Deutschland sind gegenüber Befragten, die (eher/sehr) unzufrieden sind.

Die Daten des WVS, die zuletzt in 60 Ländern weltweit erhoben wurden, zeigen zudem, dass Befragte in Deutschland die Bedeutung eines demokratischen Systems höher einschätzen, als dies im internationalen Vergleich der Fall ist. Im Mittel aller 60 Länder des WVS 6 liegt die Unterstützung der Demokratie als Regierungsform bei 87 Prozent der Befragten, in Staaten der EU ohne Deutschland bei 91 Prozent.³ Auswertungen des Pew Research Centers deuten darüber hinaus darauf hin, dass auch die Zufriedenheit der Deutschen mit dem Funktionieren der Demokratie in ihrem Land höher ist, als in vielen vergleichbaren Staaten: Laut ihrer Studie sind in Deutschland derzeit rund Dreiviertel der Befragten zufrieden damit, wie die Demokratie in ihrem Land funktioniert, während sich der Anteil welt- und EU-weit auf rund nur die Hälfte aller Befragter summiert. Innerhalb der EU zeigen sich dabei deutliche Unterschiede. Während derzeit zum Beispiel in Spanien fast drei Viertel unzufrieden sind, geben dies in den Niederlanden weniger als ein Viertel der Befragten an⁴ (Wike et al 2017, S. 13).

2. Kaum Unterschiede im Demokratieverständnis zwischen Ost- und Westdeutschland und Geflüchteten

Demokratien unterscheiden sich vielfach in ihrer konkreten Ausgestaltung (Lijphart 1999) – so können Entscheidungen z.B. über direktdemokratische Abstimmungen oder

durch die repräsentativdemokratische Wahl von Abgeordneten getroffen werden – und auch Befragte haben vielfach unterschiedliche Auffassungen, welche Merkmale eine Demokratie ausmachen. Der WVS erhebt das Demokratieverständnis der Bevölkerung mittels folgender Formulierung: „Viele Dinge sind erstrebenswert, aber nicht alle davon sind essentielle Bereiche von Demokratien. Bitte sagen Sie inwieweit folgende Aussagen Charakteristika von Demokratie widerspiegeln.“

Wir unterscheiden im Folgenden drei Dimensionen des Demokratieverständnisses auf Basis des World Value Survey (WVS): Erstens das Prinzip der vom Volk ausgehenden Gewalt (*Volkssouveränität*), zweitens, das demokratische Rechtsstaatverständnis, das die Bürger vor staatlicher Willkür schützen soll (*Rechtsstaatlichkeit*) und drittens staatliche Eingriffe zur Reduzierung gesellschaftlicher Ungleichheiten in Demokratien (*Sozialstaatsprinzip*)(siehe Tabelle 2).⁵ Während die ersten beiden Merkmale weitgehend unstrittig konstitutive Merkmale von Demokratie sind, ist der Grad staatlicher Umverteilung zur Herstellung materieller Gleichheit ein kontrovers diskutiertes Element von Demokratietheorien (für einen Überblick siehe Schmidt 2010 und Briggs 1961). Um einen Vergleich mit der jüngsten Flüchtlingskohorte zu vollziehen, stützen wir uns neben dem World Value Survey (WVS) auch auf die 2016er Daten der IAB-BAMF-SOEP Befragung von Geflüchteten in Deutschland. In dieser Stichprobe wurde ein Teil der Fragen aus dem WVS implementiert.

Die Dimension der *Volkssouveränität* wird in der sechsten Welle des World Value Survey⁶, welche von 2010-2014 erhoben wurde, durch drei Aussagen gemessen: „Die Menschen wählen ihre Regierung in freien Wahlen“, „Wenn die Regierung versagt, übernimmt das Militär das Ruder“ und „Die Menschen folgen ihren Herrschern“. Sowohl in Ost- als auch Westdeutschland identifizieren Befragte gleichermaßen, dass eine vom Volk ausgehende Macht durch freie Wahlen demokratisch legitimiert ist, während die Machtausübung durch Militär im Gegenteil kein Bestandteil von Demokratie im Sinne der Volkssouveränität sein kann. Auch Geflüchtete der Zuwanderungsjahre 2013 bis 2016, die im Rahmen der IAB-BAMF-SOEP Befragung von Geflüchteten nach ihrem Demokratieverständnis befragt wurden, teilen mit überwältigender Mehrheit die Wahrnehmung freier Wahlen als essentielles Element von Demokratien.

Ähnlich verhält es sich beim Verständnis von *Rechtsstaatlichkeit*: Die Gleichheit persönlicher Freiheiten und Rechte („Frauen haben die gleichen Rechte wie Männer“) oder auch der Schutz vor staatlicher Willkür („Bürgerrechte schützen die Menschen vor staatlicher Unterdrückung“) werden in Ost- und West als Merkmal einer Demokratie identifiziert, dass „Religionsführer [...] letztlich die Auslegung der Gesetze [bestimmen]“ hingegen als undemokratisch. Während Geflüchtete die Bedeutung der gleichen Rechte von Mann und Frau entgegen mancher medialer und politischer Zweifel mit der restlichen Bevölkerung in Deutschland teilen, ist der Anteil der Personen der IAB-BAMF-SOEP Befragung von Geflüchteten etwas geringer, die ein säkulares Rechtsverständnis vertritt (82 Prozent zu 91 Prozent). Gleichzeitig betonen Geflüchtete häufiger den Schutz vor staatlicher Willkür als elementares Element von Demokratie als dies Befragte des WVS für Deutschland tun (94 Prozent zu 83 Prozent). Die Kriegs- und Diktaturerfahrung in den Herkunfts- und Transitländern kann eine Erklärung für die hohe Bedeutung des Schutzes vor Unterdrückung unter Geflüchteten sein.

Tabelle 2: Welche Merkmale gehören zur Demokratie? Zustimmung in Prozent im WVS Welle 6 und der IAB-BAMF-SOEP Befragung von Geflüchteten 2016⁷

	Deutschland			Geflüchtete ³	Länder aus Krisenregionen	Sonstige EU-Mitglieder ⁸	Vereinigte Staaten v. Amerika
	Gesamt	West	Ost				
Volkssouveränität							
Menschen wählen ihre Führer in freien Wahlen	91%	90%	95%	97%	89%	91%	81%
Die Armee übernimmt die Macht, wenn die Regierung scheitert	12%	12%	14%	–	49%	17%	29%
Menschen folgen ihren Herrschern	11%	11%	12%	–	63%	40%	43%
Rechtsstaatlichkeit							
Frauen und Männer haben gleich Rechte	92%	91%	95%	94%	67%	91%	81%
Bürgerrechte schützen vor staatlicher Unterdrückung	83%	82%	85%	94%	80%	86%	72%
Religiöse Autoritäten interpretieren Gesetze	9%	8%	10%	19%	55%	15%	14%
Sozialstaatsprinzip							
Regierung besteuert Reiche und unterstützt Arme	70%	69%	74%	84%	63%	64%	41%
Regierung sorgt für Einkommensgleichheit	50%	46%	65%	–	62%	53%	24%
Staatliche Unterstützung für Arbeitslose	84%	83%	90%	–	72%	82%	49%
Befragte insgesamt	2046	1034	1012	4527	8054	8865	2232

Quelle: World Value Survey und IAB-BAMF-SOEP Befragung von Geflüchteten, eigene Berechnungen, gewichtet

Während hinsichtlich *Volkssouveränität* sowie *Rechtsstaatlichkeit* bei in Deutschland lebenden Befragten weitgehender Konsens besteht, dass sie essentielle Merkmale von Demokratien sind, herrscht Dissens beim Umfang des *Sozialstaatsprinzips*. Während staatliche Verantwortung bei Hilfebedürftigkeit („Arbeitslose Menschen erhalten staatliche Unterstützung“) noch von einer deutlichen Mehrheit als essentielles Merkmal einer Demokratie wahrgenommen wird, bewegt sich die Zustimmung zu staatlicher Umverteilung („Die Regierung besteuert die Reichen und unterstützt die Armen“ und „Die Regierung sorgt für Einkommensgleichheit“) in Deutschland bei nur 70 bzw. 50 Prozent. Im Hinblick auf eine Unterscheidung zwischen Ost- und Westdeutschland können wir weiterhin festhalten, dass besonders Personen aus dem Osten den Abbau von Einkommensungleichheiten häufiger als essentiell für eine Demokratie einschätzen. Diese Sicht wird von Geflüchteten geteilt, die es zu mehr als 80 Prozent als essentiell bezeichnen, dass demokratische Regierungen Reiche besteuern und Arme unterstützen (gegenüber 70 Prozent in West- und 74 Prozent in Ostdeutschland). Zusammenfassend zeigt sich, dass bei in Deutschland lebenden Personen weitgehend Konsens des Demokratieverständnisses herrscht. Hinsichtlich der Unterscheidung zwischen Ost- und Westdeutschland wird im Lichte unserer Analysen deutlich, dass es keine gravierenden Unterschiede im Demokratieverständnis gibt. Lediglich der Ausgleich von Ungleichheiten stellt hier eine Kontroverse da. Dieses Demokratieverständnis teilen auch Geflüchtete, die vielfach aufgrund von Verfolgung diktatorische Regime verlassen mussten.

3. Demokratieverständnis variiert im internationalen Vergleich

Im Folgenden wollen wir das Demokratieverständnis der deutschen Bevölkerung mit der Bevölkerung weiterer Staaten vergleichen, um die bisherigen Befunde im internationalen Kontext einzuordnen. Ebenfalls in Tabelle 2 sind prozentuale Anteile der Zustimmung für Staaten der EU sowie der USA verzeichnet. Darüber hinaus haben wir die im WVS enthaltenen Krisen-Staaten des Nahen und Mittleren Ostens sowie Nordafrika –Algerien, Palästina, Irak, Libyen, Ägypten, Jemen– zu einer weiteren Region zusammengefasst und das Demokratieverständnis der Befragten aus diesen Ländern in der letzten Spalte der Tabelle 2 vergleichend abgetragen. Ein Vergleich zwischen geflüchteten Personen und Menschen, die in Krisenregionen leben ist somit realisierbar.

Hinsichtlich der Volkssouveränität treten statistisch bedeutsame Unterschiede zwischen den Befragten in den USA und der EU zu Tage. So bewerten Personen aus den USA das „[F]olgen den Herrschern“ eher als demokratisch im Vergleich zu Personen aus Deutschland. Das Gleiche gilt für die Rolle des Militärs in Krisenzeiten. Die Befunde deuten somit auf ein polarisiertes Demokratieverständnis der Befragten in den USA, die teilweise autoritärere Aussagen unterstützen als Befragte in Europa. Während in den Krisenregionen die Bedeutung von freien Wahlen für Demokratien als ähnlich hoch bewertet wird wie in Europa, sehen fast 50 Prozent der Befragten aus Algerien, Palästina, Irak, Libyen, Ägypten und Jemen eine korrigierende Rolle des Militärs als unproblematisch an und über 60 Prozent haben ein autoritäres Verständnis von Verhältnis zwischen Bürgern und Herrschenden. Im Vergleich zu den Geflüchteten in Deutschland wird deutlich, dass diese nicht das autoritäre Demokratieverständnis mit Befragten aus den Krisenregionen teilen. Hinsichtlich der Bedeutung von Rechtsstaatlichkeit als Merkmal von Demokratie zeigt sich weitestgehend Übereinstimmung zwischen Deutschland und anderen Staaten der EU.¹⁰ Der Vergleich von Befragten in Deutschland mit Personen aus den USA zeigt jedoch über alle drei Fragen hinweg geringe, aber statistisch bedeutsame Unterschiede. So werden die Gleichheit von Männern und Frauen, das Wahren von Bürgerrechten und ein säkulares Rechtsverständnis in den USA in geringerem Umfang als demokratisches Element eingeschätzt. In den Krisenregionen fällt ein vergleichsweise hoher Anteil an Befragten auf, die eine rechtliche Ungleichbehandlung von Mann und Frau als mit der Idee von Demokratie vereinbar halten und eine Mehrheit der Befragten sogar religiöse Autoritäten als Maßstab bei der Interpretation von Gesetzen sehen. Wiederum unterscheidet sich die Gruppe der Geflüchteten in Deutschland hiervon deutlich.

Werden die Unterschiede zwischen Geflüchteten und Personen aus Krisenregionen betrachtet zeigt sich, dass in Krisenregionen die Gleichheit von Männern und Frauen sowie die Existenz von Bürgerrechten in geringerem Umfang als demokratisch eingeschätzt werden. Darüber hinaus ist deutlich zu erkennen, dass religiösen Autoritäten eine höhere Wichtigkeit in demokratischen Entscheidungsprozessen zugeschrieben wird. Personen, die in den genannten Krisenregionen leben, haben somit ein ein deutlich anderes Verständnis von rechtsstaatlichen Kategorien, als die Befragten der jüngsten Kohorte Geflüchteter.

Personen aus der EU und den USA unterscheiden sich recht deutlich hinsichtlich der wahrgenommenen Rolle des Sozialstaatsprinzips in Demokratien. Deutsche und sonstige europäische Befragte bezeichnen den Ausgleich von Ungleichheiten durch staatliche Umverteilung in stärkerem Maße als zur Demokratie zugehörig als Befragte in den USA. In den Ländern aus Krisenregionen, die im WVS untersucht wurden, ähnelt die Unterstützung des Sozialstaatsprinzips eher dem Bild, was sich für Europa

ergibt, als dem des US-amerikanischen Demokratieverständnis. Wird wiederum der Blick auf einen Vergleich zwischen Geflüchteten und Personen in Krisenregionen gelegt, sehen wir, dass letztere der progressiven Besteuerung eine geringere Wichtigkeit in Demokratien zuschreiben.

Die berichteten Unterschiede im Demokratieverständnis der Befragten in Europa und Nordamerika decken sich mit dem in den USA traditionell liberaleren Wirtschaftsverständnis, das private Initiativen staatlichen Eingriffen vorzieht. Dies erklärt die geringen Zustimmungswerte zu den Aussagen, die auf den Abbau von Ungleichheiten durch staatliche Umverteilung zielen. Aus dem gleichen Grund ist jedoch die Zustimmung zu eher autoritären Ausformungen von Herrschaft schwer zu erklären. Hier liegt die Vermutung nahe, und wird von den präsentierten Daten gestützt, dass die amerikanische Gesellschaft in solch zentralen Wertfragen wie der Rolle von Religion im öffentlichen Leben, der Bedeutung des Militärs oder auch einem autoritären Führungsstil gewählter Repräsentanten im Amt derzeit polarisiert ist (siehe als Überblick eine Analyse des Pew Research Center (2016) zur letzten Wahl in den USA).

Der Blick auf den Vergleich zwischen Geflüchteten und Personen aus Krisenregionen zeigt, dass es insbesondere beim Verständnis vom Rechtsstaat elementare Unterschiede gibt. Wir führen diese vergleichbar hohe Zustimmung zum Rechtsstaat darauf zurück, dass Geflüchtete aufgrund rechtsstaatlicher Verletzungen geflohen sind und daher hierfür eine besonders hohe Wertschätzung entwickeln¹¹.

Fazit

Zusammenfassend können wir festhalten, dass in Deutschland die Unterstützung der Demokratie hoch ist. Hinsichtlich des Demokratieverständnisses, also der Frage, welche Merkmale nach Meinung der Bevölkerung für eine Demokratie essentiell sind, zeigt sich wo Konsens und Dissens in Deutschland bestehen. So sind es vor allem freie Wahlen, die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie die Durchsetzung der Menschenrechte, die weitgehend konsensual als wichtig empfunden werden. Hinsichtlich des Abbaus von Ungleichheiten herrscht in Deutschland jedoch keine Einigkeit, inwieweit dies ein essentielles Merkmal von Demokratie ist. Im internationalen Vergleich zeigt sich, dass der deutsche Blick auf die Demokratie mit vielen Bürgern anderer EU-Staaten geteilt wird. Unterschiede werden vorrangig im Vergleich zur USA deutlich, die sich mit dem dortigen wirtschaftsliberalen Staatsverständnis decken.

Im Lichte unserer Untersuchung können wir daher erstens keine Krisensymptomatik bestätigen. Wir zeigen vielmehr, dass die Zustimmung zur Demokratie im Zeitverlauf steigt und auch über die Ausgestaltung der Demokratie in Deutschland weitestgehend Konsens herrscht. Zweitens und mit Blick auf die Wahlerfolge insbesondere rechtspopulistischer Parteien wie der AfD besteht derzeit keine unmittelbare Sorge der Aushöhlung der Demokratie in Deutschland. Nichtsdestotrotz kann der Erfolg solcher Parteien ein Hinweis sein, dass die Demokratiezufriedenheit der Bürger nicht selbstverständlich ist, sondern erarbeitet werden muss. Es gilt somit in Zukunft weiterhin einen Blick auf den Zustand der Demokratie zu werfen, um sich ihrer Konstitution stetig zu versichern.

Anmerkungen

- 1 <http://www.forschungsgruppe.de/Startseite/>
- 2 Eine neutrale Antwortvorgabe wird den Befragten nicht angeboten. In Befragungen bis 1988 wurde zusätzlich der Grad der Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit durch die Abstufung „eher“ und „sehr“ erhoben.
- 3 Ein Überblick aller Länder, die am WVS 6 teilgenommen haben, findet sich auf <http://www.worldvaluessurvey.org/WVSDocumentationWV6.jsp>
- 4 Die Erklärung von Unterschieden in der Zustimmung zur Demokratie als Staatsform oder der Zufriedenheit der Bürger mit dem Funktionieren einer Demokratie sind zentraler Forschungsgegenstand der Politikwissenschaft. Grundlegende Analysen hierzu hat Seymour M. Lipset im Jahre 1960 mit dem Buch „Political Man: The Social Bases of Politics“ (Lipset 1960) vorgelegt, die nachfolgend in vielen Studien repliziert werden konnten. Während Lipset dies vor allem anhand Makroindikatoren zeigt, dass sich demokratische Systeme vor allem dort herausbilden, wo ein gewisses Maß an Wohlstand herrscht, konnten diese Erkenntnisse auch auf die Mikroebene übertragen werden (für eine Übersicht siehe Vanhanen 1997).
- 5 Je nach Forschungsschwerpunkt kann natürlich auch eine andere Zuordnung abgefragter Items zu theoretischen Konzepten vorgenommen werden. Prominente Unterteilungen in der Politikwissenschaft stellen die „Democracy-Autocracy Preference“ (DAP) und „Democratic Performance Evolution“ (DPE) Skalen auf Basis des World Value Survey dar (Inglehart und Welzel 2005).
- 6 <http://www.worldvaluessurvey.org/wvs.jsp>
- 7 Die Fragen zur Demokratie wurden mit folgender Formulierung eingeleitet: „Viele Dinge sind erstrebenswert, aber nicht alle davon sind essentielle Bereiche von Demokratien. Bitte sagen Sie inwieweit folgende Aussagen Charakteristika von Demokratie widerspiegeln.“ Antworten waren auf einer Skala von 1 „Kein essenzieller Bestandteil von Demokratie“ – 10 „Ein essenzieller Bestandteil von Demokratie“ möglich. Um die Zustimmung abzubilden, wurden die Werte 1/5 als Ablehnung und Werte 6/10 als Zustimmung interpretiert.
- 8 Folgende Länder werden im WVS befragt und sind Mitglied der EU (ohne Deutschland): Zypern, Estland, Niederlande, Polen, Slowenien, Spanien, Schweden.
- 9 Die Fragen in der IAB-BAMF-SOEP Befragung von Geflüchteten werden auf einer elfstufigen Skala abgefragt: 0 „Kein essenzieller Bestandteil von Demokratie“ – 10 „Ein essenzieller Bestandteil von Demokratie“. Dadurch entsteht eine Mittelkategorie, die in der Befragung des WVS nicht vorgesehen ist. Damit die beiden Stichproben vergleichbar sind, haben wir die Mittelkategorie bei den Geflüchteten per Zufall auf die benachbarten Skalenwerte (vier und sechs) aufgeteilt, um ebenfalls eine zehnstufige Skala zu erhalten. Diese wurde dann auch in Zustimmung (Werte von 6/10) und Ablehnung aufgeteilt (Werte 1/5).
- 10 Lediglich der Rolle religiöser Autoritäten wird in Deutschland im Vergleich zu weiteren Staaten der EU eine geringere Wichtigkeit zugesprochen.
- 11 Warum in sogenannten Krisenregionen, die vielfach auch wirtschaftlich von Armut geprägt sind, die demokratischen Werte unterschiedlich zu denen in wirtschaftlich starken Regionen sind, beschreibt Barrington Moore in seinem Grundlagenwerk „Social Origins of Dictatorship and Democracy“.

Literatur

- Almond, G. und Verba, S. (1963): *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Princeton: Sage Publications
- Briggs, Asa (1961): *The Welfare State in Historical Perspective*. *European Journal of Sociology* 2/2, S. 221-258
- Brown, W. (2017): *Demokratie unter Beschuss: Donald Trump und der apokalyptische Populismus*. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 8/2017, 46-60

- Brücker, H. et al (2016): Flucht, Ankunft in Deutschland und erste Schritte der Integration. DIW Wochenbericht 46, S. 1103-1119
- Datenreport der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) (2016) Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland.
- Easton, D. (1953): *The Political System. An Inquiry into the State of Political Science*, New York: Knopf
- Freedom House (2017) Interactive Map. <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/freedom-world-2016>
- Fuchs, D. und Roller, E. (2016): Demokratiekonzeptionen der Bürger und demokratische Gemeinschaftsorientierungen: Westliche, ostasiatische und arabische Länder im Vergleich. *Politische Vierteljahrszeitschrift*, 296-317 .
- Inglehart, R., und Welzel, C. (2005): *Modernization, cultural Change, and democracy*. Cambridge: Cambridge University Press
- Lijphart, A. (1999). *Patterns of Democracy: Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries*. New Haven. Yale University Press.
- Lipset, S. M. (1960): *Political Man: The Social Bases of Politics*. New York: Doubleday & Company.
- von Lucke, A. (2016): Trump und die Folgen: Demokratie am Scheideweg. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 12/2016, 5-9
- Merkel, W. (2016): Krise der Demokratie? Anmerkungen zu einem schwierigen Begriff. *APuZ* 40-41, S. 4-11
- Moore, Barrington (1966): *Social Origins of Dictatorship and Democracy*. Cambridge: Beacon
- Pew Research Center (2016): *A Divided and Pessimistic Electorate*.
- Schmidt, Manfred G. (2010): *Demokratiethorien. Eine Einführung*. 5. Auflage. Wiesbaden: Springer
- Vanhanen, T. (1997): *Prospects of Democracy: a Study of 172 Countries*. London & New York: Routledge.
- Welzel, C. (2007): Ist Demokratie ein universell übertragbares Konzept? *Politische Meinung* 455/10, 35-41
- Westle, B. (1994): Demokratie und Sozialismus. Politische Ordnungsvorstellungen im vereinten Deutschland zwischen Ideologie, Protest und Nostalgie. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*. 46, S.571-596.
- Wike, R. et al. (2017): *Globally, Broad Support for Representative and Direct Democracy*. Pew Research Center.